

**Bürgermeisterin Hannelore Klein aus Reichenbach, Kreis Saalfeld (zweite von l.), berät sich regelmäßig mit den Bürgern über Vorhaben im Volkswirtschaftsplan und die Aufgaben der Gemeindevertretung.**

**Mit Erni Wirkner, Anita Rosenbusch und Adelheid Warkus traf sie sich auf einem neuen, schönen Kinderspielplatz, der mit Hilfe der Einwohner entstand.** Foto: Vw/Träger



Möglichkeiten der Betriebe, Genossenschaften und Einrichtungen zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Burg Stargard zu verstärken. Dabei konzentriert sich die Ortsleitung vor allem darauf, den Genossen der Stadtverordnetenversammlung und des Rates der Stadt zu helfen, die Initiative der Bürger vorrangig auf die Lösung und gezielte Überbietung der Planvorhaben zu richten.

Dem Rat der Stadt haben wir empfohlen, konkrete Vereinbarungen mit weiteren Betrieben abzuschließen und die Zusammenarbeit mit ihnen auf eine neue Stufe zu heben. Wir orientieren dabei vor allem auf Erhaltung und Pflege des vorhandenen Wohnraums, aber auch der gesellschaftlichen Einrichtungen: der Schulen, Horte, Kinderkrippen und -gärten und des Gesundheitswesens. Auch auf die Verschönerung der Parks, die Pflege der Parks und Grünanlagen, die

Schaffung von Kinderspielplätzen und Kleinsportanlagen soll die volkswirtschaftliche Masseninitiative gerichtet werden. Nicht minder bedeutungsvoll sind die Verbesserung der Straßen und Wege, die Erfassung der Sekundärrohstoffe und der Küchenabfälle.

Es geht uns darum, die Bürger im weitesten Sinne für die Gewährleistung von Ordnung, Disziplin und Sicherheit zu gewinnen und diese Bewegung zum Bestandteil des Wettbewerbs „Schöner unsere Städte und Gemeinden — Mach mit!“ zu machen. Wenn wir die 810 Bürger, die in der Nationalen Front, in den Kommissionen der Stadtverordnetenversammlung und den gesellschaftlichen Aktiven tätig sind, klug führen, können wir mit ihrer Hilfe die Einwohner noch umfassender in die aktive Mitarbeit einbeziehen.

Fred Hinz  
Sekretär der Ortsleitung der SED Burg Stargard

## Leserbriefe

Arbeit etwas mitnehmen können. Nicht nur die aktuellsten Fragen des politischen Geschehens, sondern auch die für die Arbeit in unserem Wohngebiet wichtigen „kleinen“ Fragen werden erörtert. Aufmerksamkeit schenken wir auch der ideologischen Auseinandersetzung dort, wo der Klassenstandpunkt des Gegners erkennbar wird. Mit Erfolg, wie eine Episode zeigt, die einer unserer Genossen im Rentenalter nach einem Verwandtenbesuch in der BRD berichtete. Zu ihm kam dort ein Bürger der BRD, um sich mit ihm zu unterhalten. Er betonte, daß

er das Wort DDR nicht gebrauchen werde, da es für ihn nur die Ostzone gibt. Unser Genosse hat ihn darauf hingewiesen, daß er Bürger der DDR sei, ein Bürger der Ostzone nicht anwesend ist, gar nicht sein kann, da es die nicht mehr gibt, und besagter BRD-Bürger demzufolge keinen Gesprächspartner habe. Unverrichteterdinge mußte der wieder gehen, gescheitert am Klassenbewußtsein und am Stolz unseres Genossen auf seinen Staat. Eine Episode nur, aber doch nachdenkenswert für jeden, der Kontakt zu BRD-Bürgern hat, und das sind nicht wenige ältere Bürger.

In unserem Arbeitsprogramm zum 30. Jahrestag der Gründung der DDR haben wir uns Aufgaben gestellt, die die Wirksamkeit der WPO in der politischen Massenarbeit weiter erhöhen. Mit unseren Vorhaben wenden wir uns nicht nur an die Genossen der WPO, sondern an alle Genossen, die in unserem Wohngebiet ihr Zuhause haben. Wir werden ihre Unterstützung nicht nur bei der Vorbereitung und Durchführung der bevorstehenden Wahlen in Anspruch nehmen.

Herbert Sengebusch  
Sekretär der WPO 41 in Stralsund